

## Marokkos Frauen auf dem Weg zu mehr Partizipation in Politik und Gesellschaft

Ein Überblick von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart

**Alewtina Schuckmann**

Goethe-Universität, Frankfurt

### **Einführung**

Im *Global Gender Gap Report* des Weltwirtschaftsforums aus dem Jahr 2015 schneidet Marokko mit Platz 139 von insg. 145 Plätzen sehr schlecht ab. In diesem Bericht wird jährlich die Gendergleichstellung der Länder in Bezug auf die Kategorien Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche und politische Partizipation von Frauen ermittelt und international verglichen. Arabische Staaten bilden beim *Gender Gap Index* fast ausnahmslos das Schlusslicht. Für das schlechte Abschneiden Marokkos können die rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung und Exklusion von Frauen aus dem Politik- und Bildungsbereich – mehr als die Hälfte (52,6 Prozent) der Frauen sind Analphabetinnen – und dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht werden. Größere Defizite verzeichnen lediglich Jordanien, der Iran, der Tschad, Syrien, Pakistan und der Jemen. Dieses Ergebnis ist ein Indikator dafür, dass Marokko trotz relativ progressiver, auf Parität ausgerichteter Gesetzgebung im Vergleich zu anderen muslimischen Ländern noch weit von realer Gleichstellung der Geschlechter entfernt ist.

Im vorliegenden Artikel soll ein Überblick über die Partizipation marokkanischer Frauen in Politik und Gesellschaft von der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1956 bis zur Gegenwart gegeben werden.

### **Frauen im Unabhängigkeitskampf**

Zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes konnten erste Fortschritte in Richtung Partizipation von Frauen in Politik und Öffentlichkeit errungen werden. Die marokkanische Gesellschaft war zuvor stark patriarchal geprägt und es bestand eine Segregation der Geschlechter, wonach den Männern der öffentliche und den Frauen der private Raum zugewiesen war. Erst mit der französischen Protektoratszeit (1912) und der Formierung einer Nationalbewegung wurde die Bedeutung der Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben als Grundvoraussetzung für die Unabhängigkeit und die Gründung eines (modernen) Nationalstaates erkannt. Die Entstehungsgeschichte der marokkanischen Frauenbewegung ist eng verbunden mit der Unabhängigkeitsbewegung. Sowohl die Frauen- als auch die Nationalbewegung bestand aus städtischen Eliten, deren Führungsfiguren Allal Al-Fassi und

Hassan Al-Ouazzani beide von der einflussreichen andalusisch-arabischen Aristokratenfamilie Al-Fassi abstammten, die bis heute Marokkos staatliche Elite bildet. Sie gründeten das *Comité d'Action Marocaine* (CAM), das als erste politische Vereinigung Marokkos betrachtet werden kann. Aufgrund zunehmenden ideologischen Dissenses – Al-Fassi war Anhänger der islamistischen Salafiya-Reformbewegung<sup>1</sup> und Al-Ouazzani der säkularen Pan-Arabismus-Bewegung<sup>2</sup> – spaltete sich das CAM im Jahre 1937 (Moket 2007: 117). Allal Al-Fassi gründete 1937 mit der Unabhängigkeitspartei *Istiqlal* (PI) die erste Partei des Landes, die großen Rückhalt von der Bevölkerung erhielt, und richtete im gleichen Jahr einen Frauenrat ein, dem seine Cousine Malika Al-Fassi vorstand (Maddy-Weitzman 2005: 399f.). Sie unterzeichnete als einzige Frau das nationalistische Manifest im Jahr 1944 und avancierte zu einem Vorbild der Nachahmung und zur Schirmherrin der nachfolgenden Generationen von Frauenrechtlerinnen (Maddy-Weitzman 2005: 399). Al-Ouazzani gründete im Jahr 1944 die Unabhängigkeitspartei *Parti Démocratique et de l'Indépendance* (PDI) und 1947 eine Frauensektion, deren Mitglieder aus den Ehefrauen, Schwestern oder Töchtern der Parteimitglieder bestanden. Mit der Gründung der Frauenräte gaben die Unabhängigkeitsparteien den Frauen die Möglichkeit, sich für die Gleichstellung der Geschlechter zu engagieren, und hofften mit ihrer Unter-

<sup>1</sup> Die Salafiya ist eine in Ägypten entstandene, von Muhammad Abduh und Rashid Rida vertretene Richtung des islamischen Fundamentalismus, die zunächst als Reform-Bewegung als Reaktion gegen den Kolonialismus entstanden ist. Der Salafismus ist von den Lehren Mohammed Abdel Wahhabs (1703-1792) inspiriert, der, bezugnehmend auf den Rechtsgelehrten Ibn Taymiyya (1263 - 1328), eine wörtliche Befolgung der in den islamischen Quellen niedergelegten Gebote predigte (Elger 2006: 280). Die Bewegung, wie wir sie heute kennen, propagiert die Rückbesinnung auf die „wahre“ islamische Lehre und islamische Werte, die sie in der ersten muslimischen Gemeinschaft (der Begriff leitet sich von *as-salaf as-salih* ab und bedeutet „die frommen Altvorderen“, womit der Prophet und die ersten drei Generationen der Muslime gemeint sind) vorzufinden glaubt, um eine an diesem Ideal orientierte Gesellschaftsordnung zu errichten. Auch in Marokko wurde der Salafismus während der Kolonialzeit als Idee aus Ägypten importiert und als Gegenmodell zum westlichen Imperialismus populär.

<sup>2</sup> Der Pan-Arabismus ist eine Ideologie, die, wie der Salafismus, als Abwehr auf den Kolonialismus entstanden ist und die Unabhängigkeit der arabischen Länder forderte. Der sozialistischen Idee nahestehend sah der Pan-Arabismus weniger den Islam, als vielmehr die arabische Sprache als einende Komponente für die Gründung einer arabischen Union. Der bekannteste Vertreter war der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser, der den Pan-Arabismus 1945 zur Staatsideologie in Ägypten machte.

stützung bei der weiblichen Bevölkerung ein politisches Bewusstsein zu wecken, weil sie erkannt hatten, dass für das Erreichen der Unabhängigkeit die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung, also auch der Frauen, notwendig war. So gehörte, neben der Organisation von Alphabetisierungskursen und politischer Sensibilisierung von Frauen, auch die Unterstützung im Unabhängigkeitskampf zu den Aufgaben der Frauenräte (Moket 2007: 150). Aus der Frauensektion der *Istiqlal*-Partei ging 1948 die Frauenorganisation *Akhout as-Safa* („Schwestern der Reinheit“) hervor, was als Geburtsstunde der ersten Frauenorganisation Marokkos betrachtet werden kann. Ihre Mitglieder forderten das Verbot der Polygamie und der Heirat von Minderjährigen, gleiche Rechte auf Ehescheidung und insgesamt mehr Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum (Daoud 1996: 247f.).

In der Nationalbewegung und in den Unabhängigkeitskämpfen, insb. in den Jahren 1912 bis 1930, nahmen Frauen eine wichtige Rolle ein. Sie leisteten nicht nur moralischen Beistand für die männlichen Widerstandskämpfer, sondern auch logistische Arbeit als Waffenschmugglerinnen und als Überbringerinnen von Nachrichten und Dokumenten. Darüber hinaus nahmen sie aktiv am bewaffneten Kampf teil. Sie kämpften an der Seite der Männer an der Front, planten Überfälle und spionierten das spanische und französische Militär aus. Neben ihrer Beteiligung am Unabhängigkeitskampf vernachlässigten sie keineswegs ihre traditionelle Rolle, das heißt sie kümmerten sich zusätzlich um die Verpflegung und Wäsche der Widerstandskämpfer sowie die Kindererziehung und Krankenpflege (Brand 1998: 46; Moket 2007: 107, 144).

Nach dem Erlangen der Unabhängigkeit fand hingegen ein Rückzug der Frauen aus der Öffentlichkeit statt. Sie kehrten – ganz im Sinne der nationalistischen Ideologie – zu ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter zurück (Sadiqi 2003: 30). Die Gleichberechtigung, die Frauen innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung erfahren hatten, wurde nach der Unabhängigkeit nicht institutionalisiert oder anderweitig gefördert. Die Frauenorganisation *Akhout as-Safa*, die noch während des Unabhängigkeitskampfes vor allem in der Mobilisierung der Unterstützerinnen und Kämpferinnen sehr aktiv war, wurde in den 1960er Jahren aufgelöst, da ihre Mutterpartei *Istiqlal* immer mehr an Einfluss in der politischen Sphäre verlor und die Organisation nicht mehr mit Geldern unterstützen konnte (Moket 2007: 150).

### Frauen in der Öffentlichkeit

Seit der Unabhängigkeit Marokkos war das marokkanische Königshaus bemüht, die Präsenz von Frauen in der Öffent-

lichkeit zu stärken. Öffentliche Ämter wurden mit weiblichen Angehörigen des Königshauses besetzt. Die älteste Tochter von Sultan Mohammed V., Lalla Aischa, war die erste marokkanische Frau, die 1947 unverschleiert in der Öffentlichkeit auftrat. Sie war in den 1960er und 1970er Jahren als Botschafterin tätig, fungierte als Leiterin zahlreicher karitativer Organisationen und avancierte zum Vorbild vieler marokkanischer Frauen sowie zum Symbol der Emanzipationsbewegung (Brand 1998: 46; Daoud 1996: 245). Über König Hassan II. (1961-1999) ist bekannt, dass er seinen Schwestern gestattete, ihre Ehepartner selbst auszuwählen, anstatt der Tradition zu folgen, nach der dem Vormund die Aufgabe obliegt, die Töchter und Schwestern der Familie zu verheiraten. Lalla Meriem, die älteste Tochter von Hassan II., übernahm in den 1990er Jahren überdies die Rolle der First Lady. Sie setzte sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Kindern ein (Frank 1990: 56).

Indessen gehörte die Präsenz von Frauen in der Öffentlichkeit, abgesehen von den königlichen Repräsentantinnen, eher zur Ausnahme. Dies änderte sich durch die zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt infolge des konjunkturellen Aufschwungs nach der Unabhängigkeit Marokkos und dem damit einhergehenden Bedarf an Arbeitskräften (Sadiqi 2003: 69). Doch bereits im Jahr 1930, also vor der Erlangung der Unabhängigkeit, hatten Frauen in den Städten am Arbeitsmarkt partizipiert. Dies ist jedoch nicht als ein Akt der Emanzipation, sondern als eine Notwendigkeit zu werten, da es sich um Frauen aus der unteren Gesellschaftsschicht, geschiedene oder verwitwete Frauen handelte, die angesichts ihrer finanziellen Notlage einer Arbeit nachgehen mussten.<sup>3</sup>

Erst nach der Unabhängigkeit erfolgte eine Eingliederung von Frauen in den offiziellen Arbeitsmarkt. Der Anteil erwerbstätiger Frauen stieg von 5,6 Prozent im Jahr 1960 auf 27 Prozent im Jahre 2004 stetig an. Bei der letzten Erhebung 2012 ist die Zahl mit 26,1 Prozent leicht rückläufig, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass bei steigender Arbeitslosigkeit proportional mehr Frauen entlassen werden als Männer oder dass mehr Frauen im informellen Sektor angestellt sind, die in den Statistiken nicht erfasst werden (Haut-Commissariat au Plan 2013).

<sup>3</sup> Statistiken von 1971 besagen, dass 45 Prozent der Arbeiterinnen entweder Witwen oder geschiedene Frauen waren (Pennell 2000: 349). Sie arbeiteten zumeist als Hausangestellte in französischen Haushalten oder Domizilen der marokkanischen Oberschicht oder als ungelernete Arbeitskräfte in Fabriken und der Landwirtschaft. Einigen Frauen ist es in den 1930er und 1940er Jahren jedoch gelungen, ihre eigenen Unternehmen in Städten zu gründen. Auf dem Land haben Frauen ohnehin schon immer gearbeitet, sei es als Bäuerinnen, Ziegenhüterinnen oder als Feldarbeiterinnen (Ennaji 2008: 346).

## Frauen und Bildung

Die Bildung von Frauen spielte eine maßgebliche Rolle für die Emanzipationsbewegung. Malika Al-Fassi, die Symbolfigur der Unabhängigkeitsbewegung, hatte bereits 1935 im Alter von fünfzehn Jahren einen Artikel in der Zeitung „Al-Maghreb Revue“ unter dem Pseudonym „El-Fatate“ verfasst, in der sie sich – wie Allal Al-Fassi – für das Recht auf Bildung für Frauen aussprach. Diese blieb jedoch zunächst nur den gehobenen Schichten vorbehalten. In den 1930er Jahren entstanden in Fès, Rabat und Casablanca moderne Schulen für Mädchen aus städtischen Eliten (Sadiqi 2003: 21).

Mit der Unabhängigkeit nahm der Wunsch nach Bildung von vielen Marokkanern und Marokkanerinnen zu. Im Jahr der Unabhängigkeit besuchten annähernd 112 000 Mädchen die Schule, in den Jahren 1961/62 hatte sich die Zahl mit 235 000 Schülerinnen sogar mehr als verdoppelt. Die allgemeine Schulpflicht wurde 1963 eingeführt, woraufhin zunächst in den Städten moderne Bildungseinrichtungen nach europäischem Vorbild entstanden sind, die sich rasch im ganzen Land verbreiteten (El-Guennoui 2010: 31). Allerdings gingen die Bemühungen der Regierung, die Bevölkerung zu alphabetisieren, anfangs nur schleppend voran. Nach Statistiken des Jahres 1971 waren noch immer 87 Prozent der Frauen und 63 Prozent der Männer im städtischen Milieu, und auf dem Land sogar 98 Prozent der Frauen, vom Analphabetismus betroffen.<sup>4</sup> In den Städten konnten hingegen einige Fortschritte erzielt werden: 1969 stieg die Zahl der eingeschulten Mädchen auf 60 Prozent.<sup>5</sup>

Die letzten statistischen Erhebungen aus dem Jahre 2012 belegen, dass Frauen nichtsdestotrotz immer noch zu 52,6 Prozent Analphabetinnen sind. Davon machen Frauen auf dem Land ganze 71,8 Prozent und Städterinnen 39,9 Prozent aus (Haut-Commissariat au Plan 2013). Besonders im ruralen Marokko ist der Anteil von Analphabeten weiterhin überdurchschnittlich hoch. Laut den aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2015 sind zehn Millionen MarokkanerInnen Analphabeten, was 29,85 Prozent, also fast einem Drittel, der Gesamtbevölkerung entspricht (Le Monde 2015). Was die Alphabetisierung der Bevölkerung anbetrifft, bildet Marokko zusammen mit dem Jemen das Schlusslicht in der arabischen Welt.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Die hohe Prozentzahl von Analphabetinnen im ländlichen Marokko ist zum einen damit zu erklären, dass Mädchen nicht eingeschult werden, weil sie in starkem Maße zur Mitarbeit im elterlichen Haushalt herangezogen werden. Zum anderen bleiben diejenigen, die eingeschult worden sind, entweder aufgrund der Arbeit zu Hause oder sie werden vorzeitig von der Schule genommen, um zu arbeiten oder zu heiraten.

<sup>5</sup> Die Einschulungsrate der Jungen lag bei 77 Prozent (Höll 1979: 175).

<sup>6</sup> Der Jemen liegt mit 1,8 Prozentpunkten hinter Marokko (Unesco Institute for Statistics 2013).

## Frauen in der Politik

Trotz der in der Verfassung von 1962 garantierten gleichen Rechte von Männern und Frauen und des seit 1963 etablierten aktiven und passiven Wahlrechts hatten die Marokkanerinnen es zunächst schwer, in der Politik Fuß zu fassen. Bei den ersten Parlamentswahlen von 1963 ließen sich 16 Frauen zur Wahl aufstellen – allerdings wurde keine von ihnen zugelassen. In den Kommunalwahlen von 1976 ließen sich 76 Frauen als Kandidatinnen aufstellen – im Vergleich zu 42 638 Männern – und bei den Parlamentswahlen von 1977 kandidierten acht Frauen gegenüber 908 Männern, doch keine von ihnen wurde gewählt. Die erste Frau, der es gelang, in die von Männern dominierte politische Domäne vorzudringen, war Badia Skalli, eine Aktivistin der Partei *Union Socialiste des Forces Populaires* (USFP) („Sozialistische Union der Volkskräfte“). Sie kandidierte 1983 bei den Kommunalwahlen und erhielt einen Sitz. Skalli ging als erste Gemeinderätin in die Geschichte des Landes ein (Midech 2011).

Seit den 1990er Jahren hingegen wurden hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen erhebliche Fortschritte erzielt. 1993 gründete die Journalistin Fatima Alaoui die *Parti des Verts pour le Développement* („Partei der Grünen für die Entwicklung“) (Pennell 2000: 381). Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1993 wurden schließlich zwei Parlamentarierinnen in das Unterhaus (*Chambre des Représentants*) gewählt. Es handelte sich um Badia Skalli (inzwischen Parteivorstand der USFP) und Latifa Bennani Smires (Mitglied des Exekutivkomitees der Partei *Istiqlal*). Beide wurden 1997 wiedergewählt (Midech 2011). Im selben Jahr ernannte der damalige König, Hassan II. vier Frauen als Staatssekretärinnen in der Regierung von Abdellatif Filali. 1998 erfolgte eine Regierungsübernahme eines „Mitte-Links-Bündnisses“<sup>7</sup> mit dem ehemaligen Regimekritiker und Sozialdemokraten Abderrahman Youssefi als Premierminister. Dieses Kabinett – in Marokko *gouvernement d’alternance* („Regierung des Wechsels“) genannt – war die erste Regierung, die aus ehemaligen Oppositionsparteien bestand. Youssefi ernannte erstmals in der Geschichte des Landes zwei Frauen zu Ministerinnen<sup>8</sup> (von insg. 39 Ministerposten). Seither gilt es für einen Premierminister als unangebracht, keine Posten mit Frauen in seiner Regierung zu besetzen.

Doch erst im Jahre 2002 verpflichteten sich die Parteien im Zuge der Reform des Wahlsystems, dreißig Plätze auf einer „nationalen Zusatzliste“ für Frauen zu reservieren,

<sup>7</sup> Einer Koalition zwischen der national-konservativen *Istiqlal*-Partei, der sozialistischen *Union Socialiste des Forces Populaires* (USFP) und fünf weiteren kleineren Mitte-, Berber- und Linksparteien.

<sup>8</sup> Aicha Belarbi und Nouzha Chekrouni von der USFP.

wodurch die Präsenz von Frauen in der Politik gestärkt werden konnte. Dies ist als direkte Reaktion auf die Forderungen von marokkanischen Frauenrechtsorganisationen zu werten, die sich seit mehr als einer Dekade für eine stärkere Repräsentation und Partizipation von Frauen in der Politik einsetzten. Fortan sollten 10 Prozent, d.h. 30 Sitze im Parlament, für Frauen vorbehalten bleiben. Bei den Parlamentswahlen vom 27. September 2002 stieg die Zahl der Parlamentarierinnen mit 35 Mandaten (30 davon basierend auf der Zusatzliste und fünf Sitze basierend auf der Regionalliste) – und damit einem Frauenanteil von 10,8 Prozent – deutlich im Vergleich zu 1993, als lediglich zwei Frauen, und 1997 vier Frauen, in der Repräsentantenkammer (*Chambre des Représentants*; Unterhaus) vertreten waren (Maddy-Weitzman 2005: 409). Die meisten Frauen wurden jedoch in der Regierung unter Abbas Al-Fassi, dem Schwiegersohn Allal Al-Fassis, im Jahre 2007 integriert: Acht Frauen besetzten Ministerposten. Insgesamt nahmen Frauen bei den Wahlen von 2007 34 Sitze im Parlament ein. Eine solch starke Repräsentation von Frauen in der Regierung konnte seither nicht mehr erreicht werden. Des Weiteren wurden unter Al-Fassi drei Frauen zu Botschafterinnen und eine Frau zur königlichen Beraterin ernannt; viele Frauen bekleideten außerdem Direktorenämter (Sadiqi 2010: 326f.). Die Zahlen belegen eine deutliche Anhebung des Frauenanteils unter den Abgeordneten infolge der Quotenregelung in Form der „nationalen Zusatzliste“.

Auch in den Kommunalwahlen konnten Erfolge verzeichnet werden: Asmaa Chaâbi war von 2003 bis 2009 Bürgermeisterin von Essaouira. Nach Beendigung des Postens gründete sie die marokkanische Sektion des *International Women's Forum* (IWF). 2009 hatte Fatima-Zohra Mansouri von der *Parti authenticité et modernité* (PAM) („Partei Authentizität und Modernität“) bis zu ihrer Amtsniederlegung im Jahre 2011 das Amt der Bürgermeisterin von Marrakech inne.

Im Zuge des sogenannten „Arabischen Frühlings“ reagierte König Mohammed VI. mit Neuwahlen im November 2011 und einer Verfassungsreform im Juli 2011.<sup>9</sup> In Artikel 19 der Verfassung wurde das Gleichheitsprinzip im sozialen und öffentlichen Leben festgeschrieben. Damit wurde den jahrzehntelangen Forderungen der Frauenbe-

wegung nach umfassenden Rechten Rechnung getragen. Anders als in Tunesien und Ägypten etwa, wo die DemonstrantInnen den Sturz der Regenten forderten, wurde in Marokko seitens der „Bewegung des 20. Februars“ (*Mouvement du 20 février*) jedoch zu keinem Zeitpunkt öffentlich die Legitimität der Monarchie infrage gestellt.

In der vorgezogenen Parlamentswahl vom 25. November 2011 ging die islamistische *Parti de la Justice et du Développement* (PJD) als stärkste Partei hervor und stellte, gemäß der neuen Verfassung, den Ministerpräsidenten Abdellilah Benkirane. Sie koalierte mit der national-konservativen Partei *Istiqlal*, die als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervorging, der liberalen *Mouvement Populaire* (MP) und der *Parti du Progrès et du Socialisme* (PPS). Bei dieser Wahl war der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch: 60 weibliche Abgeordnete wurden ins Parlament gewählt, so viele wie nie zuvor. Jedoch wurde in der überwiegend islamistischen Regierung unter dem Premierminister Abdellilah Benkirane lediglich eine Frau zur Ministerin ernannt: Bassima Hakkaoui (PJD) ist seither Ministerin für Solidarität, Frauen, Familie und soziale Entwicklung. Die Nominierung nur einer Frau bei insg. 31 Ministerämtern, besonders in Anbetracht des positiven Wahlergebnisses für Frauen, war ein großes Ärgernis für Frauenrechtlerinnen und die Anhänger der „Bewegung des 20. Februar“, die sich u.a. für mehr Gleichstellung in Politik und Gesellschaft starkgemacht hatten. Sie betrachteten es außerdem als großen Rückschritt für die Gleichstellungspolitik, eine Islamistin auf dem Posten zu sehen, den in der Legislaturperiode von 2007 bis 2012 die Sozialistin Nouzha Skalli von der USFP innehatte, die mit der Ideologie der säkularen Frauenrechtsorganisationen konform ging. In der Tat sind unter Hakkaoui die Fortschritte der alten Regierung in Fragen der Gendergleichstellung, bspw. in Form des „Aktionsplans für die Integration der Frau in die Entwicklung“ (*Plan d'Action Nationale pour l'Intégration des Femmes au Développement*) (PANIFD)<sup>10</sup> von 2007, ins Stocken geraten.

Im Oktober 2013 kam es infolge einer Koalitionskrise<sup>11</sup> zu einer Regierungsumbildung. Benkirane stellte daraufhin am 10. Oktober 2013 ein neues Kabinett vor, welches auf

<sup>9</sup> Seither stellt die stärkste Partei den Premierminister; bislang konnte der König den Regierungschef nach Gutdünken bestimmen. Der Premier erhält das Recht, Minister zu entlassen und das Parlament aufzulösen, was zuvor dem König vorbehalten war. Der Monarch gilt nicht mehr als heilig, sondern nur noch als unantastbar. Die Kritik gegenüber seiner Person wird jedoch weiterhin geahndet und unter Strafe gestellt. Weitere Neuerungen betreffen die Trennung von Judikative und Exekutive sowie die Anerkennung der Berbersprache *Amazigh* als offizielle Landessprache neben dem Arabischen (La Constitution Marocaine 2011).

<sup>10</sup> Der Plan sieht vier Ansätze vor: Frauenförderung in den Bereichen Bildung, reproduktive Gesundheit, Arbeitsbeschäftigung in politischen Institutionen sowie Rechtsgleichheit (Haut-Commissariat au Plan 2006).

<sup>11</sup> Der PJD wurde Anfang 2013 seitens der *Istiqlal* vorgeworfen, sich nicht ausreichend den wirtschaftlichen Problemen des Landes zu widmen. Im Juli 2013 legten sechs Minister der *Istiqlal*-Partei ihr Amt offiziell nieder; die Koalition brach auseinander. Internen Beobachtern zufolge soll es sich hierbei jedoch um die Absicht des Königs und der königlichen Berater, den Premier zu schwächen, gehandelt haben (Jeune Afrique 10.10.2013).

39 Ministerposten erweitert und mit sechs Frauen und mehreren parteilosen Abgeordneten besetzt wurde.

In der aktuellen Repräsentantenkammer liegt der Frauenanteil bei 17,48 Prozent (es sind 69 Frauen von 395 Abgeordneten). Der Anstieg von ehemals zwei auf mittlerweile 69 weibliche Parlamentsabgeordnete ist als ein enormer Fortschritt in Hinsicht auf die Partizipation von Frauen in der Politik zu werten. Im Oberhaus (*Chambre des Conseillers*) hingegen sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Ihre Anzahl beschränkt sich auf lediglich 14 Frauen von insgesamt 106 Sitzen, was nur 13,46 Prozent entspricht. Nichtsdestotrotz ist ein Anstieg von 11,23 Prozent im Vergleich zur alten Legislaturperiode zu verzeichnen, bei der von 270 Sitzen – die Parlamentarierzahl des Oberhauses kann variieren – nur sechs Sitze an Frauen vergeben wurden, was nur 2,22 Prozent ausmacht.

### Die Familienrechtsreform – Feministen vs. Islamisten

Die positiven Entwicklungen im Bereich politischer Partizipation von Frauen sind in die Reformpolitik des seit 1999 amtierenden Königs Mohammed VI. einzuordnen, der von Anbeginn seiner Amtszeit auf soziale Themen, insb. die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft, setzte. Dabei schenkte er den seit Jahrzehnten währenden Forderungen der Frauen-NGOs Gehör und leitete durch eine Vielzahl von Reformen einen politischen Richtungswechsel ein. Zu den wichtigsten Errungenschaften seiner Amtszeit gehört die Reform des Familienrechts (*moudawanna*) im Jahre 2004, die für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern von entscheidender Bedeutung und richtungsweisend für muslimische Gesellschaften ist.

Die marokkanischen Frauenrechtsorganisationen versuchten seit ihrer Gründung, eine Reform des Familienrechts zu erwirken, weil in ihm der Hauptgrund aller Diskriminierungen gegenüber Frauen gesehen wurde.<sup>12</sup> Die Forderungen der meist säkular ausgerichteten Frauenbewegung stießen jedoch auf großen Widerstand seitens der konservativen Bevölkerung und konservativer Rechtsgelehrter. Es folgten meist ideologisch geführte Debatten, v.a. um die Punkte Polygamie, Scheidung, Vormundschaft, Heiratsalter und das Sorgerecht der Kinder, die ein beträchtliches Konfliktpotential zwischen dem islamistischen und feministischen Lager entfalteten (Holenstein 2008: 9). Im Frühjahr 1992 gelang es dem Zusammenschluss der Frau-

enrechtsorganisationen *Printemps de l'Égalité* („Frühling der Gleichheit“) eine Million Unterschriften für eine Petition zu sammeln, in der sie die Regierung zu einer grundlegenden Familienrechtsreform aufforderten (Mayer 1995:439).<sup>13</sup> Der Widerstand seitens der islamistischen Bewegung und konservativer Rechtsgelehrten erreichte daraufhin seinen Höhepunkt: Die Kampagne wurde als ein Angriff gegen den Islam gewertet, ihre Initiatorinnen als Apostatinnen diffamiert und mit einer Todesfatwa belegt.

In der Zwischenzeit unterzeichnete die marokkanische Regierung 1993 die UN-Konvention zur Abschaffung aller Formen von Diskriminierung gegenüber Frauen (CEDAW).<sup>14</sup> Diese Ratifizierung diente der Frauenbewegung von nun an als rechtlicher Referenzrahmen für ihre Forderung nach Gleichberechtigung und als Mittel, auf die Regierung Druck auszuüben. Im gleichen Jahr reformierte der damalige König Hassan II., den anhaltenden Widerständen zum Trotz, das Familienrecht per königlichem Dekret. Jedoch entsprach die Reform nicht den Forderungen der Frauenrechtsorganisationen und beinhaltete nur kosmetische Korrekturen. Das neue Familienrecht erschwerte zwar die Verstoßung der Frau und die Polygynie, behielt aber weiterhin das Prinzip der hierarchischen geschlechterbezogenen Diskriminierung bei, der ein traditionelles Rollenverständnis zugrunde liegt (Maddy-Weitzman 2005:401; Lemrini El Quahabi 2005: 162).

Im Jahr 1999 verstarb Hassan II. und sein Sohn Mohammed VI. trat dessen Nachfolge an. Unter seiner Führung initiierte der Premierminister Youssoufi mit Hilfe der Frauenrechtsorganisationen im Jahr 2000 den „Aktionsplan für die Integration der Frau in die Entwicklung“ (PANIFD),<sup>15</sup> der die Grundlage für eine neue Familien-

<sup>12</sup> Wie die meisten muslimischen Länder nahm Marokko nach seiner Unabhängigkeit die islamische Rechtsprechung aus dem Rechtssystem heraus, behielt sie aber als Grundlage des Familienrechts bei (Illkaraccan 2002: 759). Während also z.B. das Strafrecht und die Verfassung zivilrechtlich geregelt wurden, basierte ausgerechnet das Recht, das den Familien- und den Personenstand regelte, auf der *Shari'a*.

<sup>13</sup> Zu ihren Forderungen gehörten die Abschaffung der Vormundschaft, was Frauen die Möglichkeit erteilen würde, zu heiraten oder zu arbeiten, ohne um eine Erlaubnis zu bitten, das Mindestheiratsalter auf 18 Jahre zu erhöhen (zuvor betrug es 15 Jahre für Mädchen), die Polygynie zu verbieten, die Gleichsetzung des Rechts auf Scheidung – und das nur im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens, womit versucht wurde, die hohe Scheidungsrate zu senken und die Verstoßung unmöglich zu machen –, gerechte Aufteilung des gemeinsamen Vermögens im Falle einer Scheidung und die Bewahrung des Sorgerechts für geschiedene Frauen, im Falle einer erneuten Heirat (Maddy-Weitzman 2005: 403).

<sup>14</sup> *The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW) wurde 1979 verfasst und gehört zu den UN-Menschenrechtskonventionen, die am häufigsten ratifiziert worden sind – darunter von 18 der insg. 22 Staaten der Arabischen Liga –, allerdings auch mit der größten Zahl an Vorbehalten, welche v.a. das Diskriminierungsverbot (Art. 2) und die Gleichstellung in Ehe und Familie (Art. 16), insb. im Hinblick auf die Rechtsposition von Frauen innerhalb der Familie, betreffen. Diese Vorbehalte werden in einem Differenzmodell formuliert, das über den Islam begründet wird und auf der Vorstellung einer Komplementarität der Geschlechter beruht. Mit der Erklärung von Vorbehalten entziehen sich die Staaten der Verpflichtung, die entsprechenden Bestimmungen der CEDAW umzusetzen (Heintz et al. 2006: 434).

<sup>15</sup> Der Aktionsplan sah durch Benennung konkreter Vorschläge eine Verbesserung in der Grund- und Berufsausbildung, der

rechtsreform bilden sollte. Der Aktionsplan musste im März 2000 aufgrund von heftigen Reaktionen des religiös-konservativen Lagers und eines Boykotts seitens des Ministeriums für islamische Angelegenheiten abgebrochen werden (Lemrini El Quahabi 2005: 164).<sup>16</sup> Den Höhepunkt des Widerstands bildete eine von Islamisten organisierte Gegendemonstration in Casablanca, die mit ca. 500 000 bis 700 000 Demonstranten weit mehr Menschen mobilisieren konnte, als die Reformbefürworter bei ihrer zuvor stattgefundenen Großdemonstration in Rabat, bei der lediglich 40 000 bis 50 000 Demonstranten teilnahmen (Cavatorta 2006: 215).

Die Regierung glaubte, dem Konflikt über den Frauenintegrationsplan (PANIFD) entgehen zu können, indem sie ihn in den Bereich des Religiösen und damit in die Entscheidung des Königs als „Befehlshaber der Gläubigen“ (*‘amir al-mouminine*) verschob. Von nun an war die Reform in den Aufgabenbereich des Königs geraten, die er mit Nachdruck zu propagieren begann. Er beauftragte vierzig Frauen aus dem Bündnis *Printemps de l’Egalité* mit der Erarbeitung eines Memorandums für die Reform des Familienrechts, richtete danach im Jahre 2001 eine Reform-Kommission für die Erstellung eines Reformentwurfs, bestehend aus Juristen, religiösen Rechtsgelehrten, dem Minister für islamische Angelegenheiten und drei Vertreterinnen des *Printemps de l’Egalité*-Netzwerks, ein und machte deutlich, dass im neuen Familienrecht sowohl den universellen Menschenrechtsnormen als auch der religiösen Tradition des Landes Rechnung getragen werden sollte (El Guennouni 2010: 33).

Das religiös verankerte Familienrecht stellte bis zu seiner Reformierung im Februar 2004 die Hauptquelle der rechtlichen Diskriminierung von Frauen dar. Sie galten als Mündel ihrer männlichen Verwandten, hatten nahezu keine Möglichkeiten sich scheiden zu lassen und konnten jederzeit ohne Nennung von Gründen von ihrem Ehemann verstoßen werden. Im reformierten Familienrecht wird ein partnerschaftliches Ehe- und Familienmodell definiert, bei dem die Ehepartner in einem reziproken und vor allen Dingen gleichberechtigten Verhältnis zueinander stehen. Die Vormundschaft der Frau wurde abgeschafft, sodass sie fortan ohne Zustimmung eines männlichen Familienmitglieds heiraten, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder eine Scheidung beantragen kann. Die Verstoßung (*talaq*) wurde für rechtswidrig erklärt und den Frauen wurde es wesent-

lich erleichtert, eine Scheidung einzureichen. Das Heiratsalter für Frauen wurde von 15 auf 18 Jahre heraufgesetzt und die Verheiratung Minderjähriger damit verboten.<sup>17</sup> Darüber hinaus ist die Polygynie stark eingeschränkt worden und nur in Ausnahmefällen möglich, da sie nur auf richterlichen Beschluss erfolgen darf.

Am Beispiel des Familienrechts wird deutlich, wie es der marokkanischen Frauenbewegung mit der Unterstützung des Königs gelang, mittels der vernunftbegründeten Rechtsfindung (*ijtihad*) und unter Bezugnahme auf internationale Bestimmungen einen Referenzrahmen für ihre Forderungen zu schaffen und einen Diskurs um Frauenrechte in Gang zu bringen, der schließlich in der Reform des Familienrechts mündete. Einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Faktor stellt das politische Klima nach den Attentaten von Casablanca im Mai 2003 dar, bei denen 44 Menschen starben. Als Reaktion auf die Anschläge wurde ein Anti-Terror-Gesetz erlassen und viele islamistische Akteure wurden entweder verhaftet oder unter Generalverdacht gestellt. Angesichts dieses politischen und gesellschaftlichen Klimas waren die Reformkritiker zur Zurückhaltung gezwungen, um Repressionen seitens des Staates zu vermeiden.

### Ausblick

Obwohl sich die Gleichstellung der Frau in Marokko im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau befindet, haben Frauen in den letzten zehn Jahren positive Veränderungen in ihrer Lebenswirklichkeit erfahren, z.B. durch Fortschritte im Hinblick auf rechtliche Gleichstellung – infolge der Familienrechtsreform – und durch Zugang zu Bildung. Heute sind immerhin 32,9 Prozent der Bevölkerung mit höherer Schulbildung oder abgeschlossenem Studium Frauen (Haut-Commissariat au Plan 2013). Die steigende Präsenz von Frauen in der Jurisprudenz, insb. als Richterinnen in Familiengerichten, stellt eine positive Entwicklung dar. Heute repräsentieren Frauen 30 Prozent der insg. 3 728 Richter des Landes (Faquih 2013). Dies ist insofern wichtig, als der Hauptgrund für rechtliche Diskriminierung von Frauen auf den zu großen Ermessensspielraum der männlichen Richter zurückzuführen ist, die sich weigern geltendes Recht adäquat anzuwenden.

Im Bereich der politischen Partizipation von Frauen sind ebenso positive Fortschritte erzielt worden. Seit 2002 verpflichteten sich die Parteien, dreißig Plätze auf einer nationalen Liste für Frauen zu reservieren, mit dem Effekt, dass der Frauenanteil im Parlament im Jahr 1997 von 0,6

Gesundheitsversorgung, im Rechtsbereich von Frauen sowie ihrer Repräsentanz in der Politik, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen vor (Lemrini El Quahabi 2005:164; Maddy-Weitzman 2005: 402).

<sup>16</sup> Gegen den Aktionsplan wurde nicht nur in Moscheen, sondern auch in Pamphleten und Broschüren sowie in islamischen Zeitungen und Zeitschriften, wie „Attajdid“, „Al-Asr“ und „Al-Nur“, Stimmung gemacht (Brand 1998: 71; Maghraoui 2001: 16).

<sup>17</sup> Obleich Ausnahmen mit richterlicher Genehmigung nach einer Begutachtung der sogenannten „Heiratsfähigkeit“ des Mädchens möglich sind.

Prozent auf 17,48 Prozent im Jahre 2013 anstieg. Die Quotenregelung hat deutlich zur Stärkung der politischen Partizipation von Frauen beigetragen. Noch nie zuvor in der Geschichte des Landes war der Frauenanteil im Parlament so hoch. Heute besetzen Frauen Ämter als Ministerinnen, Regierungsberaterinnen und als Frauenbeauftragte in nahezu allen Ministerien. Mit der Ernennung einer Frau als königliche Beraterin und einer Frau als Mitglied des sechzehnköpfigen Höchsten Rats der Religionsgelehrten (*Conseil Supérieur des Oulémas*) gelang Mohammed VI. im Jahre 2004 eine Pionierleistung. Nie zuvor hatten Frauen diese Posten inne. Ebenso ist die Etablierung eines neuen Studiengangs für weibliche Theologinnen, sogenannte „weiblichen Imame“ (*mourchidat*), im Jahre 2005 als avantgardistisch zu betrachten. Dieses Novum steht ganz im Sinne der seit langem verfolgten Umstrukturierung der religiösen Institutionen zur Durchsetzung einer moderaten und auf Toleranz basierenden Religionspolitik, die radikalen islamistischen Strömungen Einhalt gebieten soll.

Marokko befindet sich in einer Transition von einer geschlechterhierarchischen zu einer egalitären Gesellschaft. Der rechtliche Rahmen schafft Partizipationsmöglichkeiten für Frauen auf verschiedenen Ebenen. Nun müssen sie sich ihrer Rechte gewahr werden und selbstbewusst den Weg gehen, der ihnen Jahrzehnte lang verwehrt geblieben ist.

Erstellt im August 2016